

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 25

Artikel: Imre Nagy : der erste Eurokommunist
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094945>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laszlo Revesz in Erfüllung einer Auskunftspflicht gegenüber Prof. Radice von der KPI

Imre Nagy — der erste Eurokommunist

Die Vorstellungen des heutigen Eurokommunisten sind nicht neu. Sie waren die Vorstellungen der ungarischen KP während jener Ereignisse von 1956, die man kommunistischerseits immer noch «Konterrevolution» nennt. Imre Nagy, der damalige kommunistische Regierungschef, ist hingerichtet worden, weil er den Eurokommunismus avant la lettre verwirklichen wollte. Wenn dem so ist, wenn Imre Nagy der erste Eurokommunist war, stellt sich die Frage, warum ihn jene verleugnen sollten, die sich heute zu den gleichen Anliegen bekennen. Wann wird Imre Nagy von ihnen rehabilitiert? Prof. Revesz hat diese Frage nicht nur sich gestellt, sondern auch einem Vertreter der KP Italiens. Hier ist sein Bericht.

Der Anlass

Der Schreibende nahm am Kongress der Europa-Union in Lugano vom 26. bis 27. November zum Thema Eurokommunismus teil. Er stellte dem Vertreter der italienischen KP, Prof. Lombardo Radice, Vorstandsmitglied seiner Partei, vor dem Plenum folgende Frage:

«Wäre es nicht Zeit, den ersten Eurokommunisten, den Ministerpräsidenten des ungarischen Volksaufstandes und des ungarischen Freiheitskampfes gegen die sowjetische Aggression im Oktober/November 1956, zu rehabilitieren? Man sollte dies anlässlich des 20. Jahrestages seiner von den Sowjets erzwungenen Hinrichtung tun, am 17. Juni 1978. Imre Nagy verdient, dass er von seinen Parteigenossen rehabilitiert und von den Eurokommunisten insbesondere geehrt wird. Er hätte sein Leben durch eine Selbstkritik retten können. Er widerrief aber kein einziges Wort, das er gesagt hatte; bedauerte nichts, was er getan hatte. Sonst hätte er seine Ideen von Freiheit, Menschlichkeit und Unabhängigkeit verleugnen und verraten müssen. Er starb für eben jene Ideen, welche die heutigen Eurokommunisten vertreten. Aus diesem Grunde sprengt die Bedeutung Imre Nagys die Grenzen des kleinen Ungarn und die Zeit des ungarischen Freiheitskampfes von 1956.»

Die Antwort Professor Radices vor der Kongressöffentlichkeit hatte folgenden Inhalt:

«Imre Nagy war zweifelsohne ein guter Mann, ein tragisches Opfer der Geschichte. Wir haben ihn 1956 nicht unterstützt, weil wir unsere Hoffnungen damals auf die Liberalisierungspolitik des sowjetischen Parteiführers Chruschtschow setzten. Auch wollten wir die Arbeit von Janos Kadar nicht erschweren. Die späteren Entwicklungen zeigten, dass wir recht hatten: die Ungarische Volksrepublik ist heute das weitaus liberalste Land in Osteuropa. 1968, nach den tschechoslowakischen Ereignissen, protestierten wir gegen das Vorgehen Moskaus.

Diese Frage ist aber sehr kompliziert; sie findet wahrscheinlich kein allgemeines Interesse bei den Kongressteilnehmern. Deshalb schlage ich vor, dass Sie und ich nach der Tagung darüber sprechen.

Allerdings weiss ich nicht, ob Imre Nagy tatsächlich der erste Eurokommunist gewesen ist!« Anlässlich unseres späteren privaten Gesprächs (unter sechs Augen) wiederholte Prof. Radice eigentlich nur, was er schon vormittags gesagt hatte. Er fügte jedoch bei, er werde die ganze Angelegenheit in Rom, im Parteivorstand, zu Wort bringen. Versprechen könne er allerdings nichts, da die italienische KP mit der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei gute Kontakte pflege und diese Kontakte möglichst nicht durch eine solche Aktion stören möchte. Aus diesem Grunde sei es möglich, dass der Vorstand nicht weiter auf diese Frage eingehen wolle. Ra-

dice betonte erneut, er wisse nicht, ob Nagy tatsächlich der erste Eurokommunist gewesen sei.

Ich versprach Professor Radice den Beweis und erklärte ihm von vornherein meine Dankbarkeit für seine Bemühungen.

Der Schreibende ist also gewissermassen verpflichtet, eine kurze Zusammenfassung über Imre Nagys Politik und Tätigkeit in der Zeit des ungarischen Freiheitskampfes zu verfassen. Doch ist die Frage nach den ersten Eurokommunisten wohl nicht allein für Prof. Radice von Interesse

Die Auskunft

Imre Nagy war nicht das tragische Opfer der Geschichte, sondern ein Opfer einer langen Reihe von Justizmordfällen, die auf sowjetische Anweisung hin 1957/58 in Ungarn verübt worden sind.

Am Tage der zweiten sowjetischen Aggression, am 4. November 1956, in den Morgenstunden, wurde das «Regierungsprogramm» der sechs ungarischen Kommunisten, die sich als «Regierung» bezeichneten, im Radio mitgeteilt (nicht im ungarischen, sondern im sowjetischen Radio!). Punkt 3 enthielt eine allgemeine Amnestie. Die ungarische Partei wollte also die blutige Rache und das unnötige Blutvergiessen vermeiden. Sie wollte die Verantwortung für die mehr als 500 Todesurteile während anderthalb Jahren und für die gesetzwidrige Verurteilung, Deportierung oder Einlieferung in die Konzentrationslager von Zehntausenden ab ovo ablehnen.

Den Sowjets waren nicht einmal die ungarischen ausserordentlichen Revolutionsgerichte streng genug, weil sie in der ersten Hälfte von 1957 zu wenig Todesurteile fällten, so dass die von Moskau verlangte «Kopfquote» nicht erreicht wurde. Deshalb liess man die schon mit rechtskräftigen Urteilen abgeschlossenen Strafverfahren aufgrund von ausserordentlichen Revisionsverfahren anfechten. Im Rahmen von neuen Prozessen wurden dann vorher zu Gefängnis Verurteilte nunmehr zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Das geheim durchgeführte Verfahren gegen Imre Nagy und seine kommunistischen Kampfgefährten ging im Juni 1958 zu Ende, und die Öffentlichkeit erfuhr vom Prozess erst, als die Verurteilten schon hingerichtet waren! Die Mitteilung des Justizministeriums endete so: «Das Urteil ist rechtskräftig. Die Todesurteile wurden vollstreckt!» Dies war der letzte Satz der Mitteilung. Keine Berufungsmöglichkeit, keine Öffentlichkeit!

★

Was waren eigentlich die «Verbrechen» von Imre Nagy und seinen kommunistischen Kampfgefährten; weshalb wurden sie — und ausser ihnen unzählige kommunistische und parteilose Arbeiter und Studenten — auf den Befehl des kommunistischen Zentrums in Moskau hingerichtet?

Die Antwort lautet kurz: Sie wollten schon 1956 den «Eurokommunismus», d. h. die Unabhängigkeit ihres Heimatlandes und der ungarischen Kommunistischen Partei (der «Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei»), oder mindestens eine Lockerung des totalen Abhängigkeitsverhältnisses! Die hingerichteten ungarischen Kommunisten wollten die «allgemeinen Gesetzmässigkeiten» des sozialistischen Aufbaus den ungarischen Verhältnissen anpassen, was Moskau auch damals unter gewissen Bedingungen in seiner Aus-

landspropaganda zu erlauben begann. Wenn man aber in Osteuropa von seinem angeblichen Recht Gebrauch machen wollte, wurde man liquidiert! Die Sünden Imre Nagys waren die gleichen Thesen, die heute von den Eurokommunisten verkündet werden.

1. Nagy verzichtete öffentlich und offiziell auf das Einparteiensystem, auf die absolute Führungsrolle der Kommunisten. Das tat er aber nicht allein, sondern im Namen der Regierung und des Parteivorstandes (Parteisekretär jener Tage war Janos Kadar!). Um 14.28 Uhr des 30. Oktober erklärte Nagy: «Die Regierung, die in völliger Übereinstimmung mit dem Präsidium

der Partei der ungarischen Werktätigen handelt, steht vor einer für die Nation lebenswichtigen Entscheidung... Im Interesse einer weiteren Demokratisierung des politischen Lebens hat das Kabinett das Einparteiensystem abgeschafft und beschlossen, zu einer Regierungsform zurückzukehren, die auf der demokratischen Zusammenarbeit von Koalitionsparteien beruht. Gemäss dieser Entscheidung wurde ein neues Kabinett gebildet... Die vorläufige Regierung hat das sowjetische Oberkommando aufgefordert, unverzüglich mit dem Rückzug der sowjetischen Truppen aus Budapest zu beginnen. Gleichzeitig unterrichten wir das ungarische Volk darüber, dass

wir die Sowjetunion ersuchen werden, sämtliche Truppen aus Ungarn abziehen.»

Auch nach heutiger sowjetischer Auffassung darf ein Kommunist, der einmal die Macht ergriff, weder auf diese verzichten noch sie mit einer anderen Partei (anderen Parteien) teilen. Dies sei die volksfeindliche Praxis der Sozialdemokraten. Ein solcher Schritt sei Verrat an Volk und Partei! Die Eurokommunisten sprechen sich jedoch für die Möglichkeit aus, regierende KPs abzulösen, also für den Schritt Imre Nagys vor mehr als zwanzig Jahren.

Nagy verlangte noch den Abzug der sowjetischen Besatzungseinheiten. Auch eine solche Forderung entspricht der eurokommunistischen These über die Unabhängigkeit der jeweiligen Länder.

2. Am 1. November beging Imre Nagy zwei weitere «Verbrechen»: Er kündigte den Warschauer Pakt auf und rief die Neutralität des ungarischen Staates aus.

Zu diesen Schritten entschloss sich Nagy erst nach vielfachen und erfolglosen Protesten gegen den Einmarsch neuer sowjetischer Einheiten, deren Abzug Moskau versprochen hatte.

Die Sowjetunion verletzte mit ihrem Einmarsch die wichtigsten Punkte des 1955 den Satelliten aufgezwungenen Warschauer Paktes, hauptsächlich dadurch, dass ihre Truppen eingesetzt wurden, obwohl der Vertrag die «Hilfeleistung» erst im Falle eines Angriffes von aussen her vorsah. Nagy handelte also sowohl vom rechtlichen als auch vom politischen Gesichtspunkt aus richtig. Es gab keinen «äusseren Feind»; Arbeiter und Studenten — die mehrheitlich von Arbeiter- und Bauernherkunft waren — kämpften mit primitiven Mitteln gegen die sowjetische Weltmacht, hauptsächlich — auf jeden Fall nach dem 4. November — gegen die «inneren Streitkräfte» der Sowjetunion, gegen die Einheiten des KGB.

Die neuen sowjetischen Einheiten marschierten nach Ungarn, ohne die ungarische Regierung, mit der ständige Kontakte bestanden, davon in Kenntnis gesetzt zu haben. Die Verhandlungen über den Rückzug der sowjetischen Truppen waren sogar im Gange, während neue Truppen die Grenze überschritten!

Was hätten die Eurokommunisten in einem solchen Falle getan? *Das ganze Volk* — mit Ausnahme einer kleinen Gruppe von Stalinisten und AVO-Angehörigen (AVO=ungarisches KGB) — war für die Freiheit und gegen die neue sowjetische Aggression! Wenn die Eurokommunisten zu ihren Ideen stehen, dann müssen sie anerkennen, dass der Austritt aus dem Warschauer Pakt die richtige Antwort darstellte.

3. Ebenfalls am 1. November ersuchte Nagy die vier Grossmächte um Anerkennung der ungarischen Neutralität. Und am 2. November wandte er sich an den Generalsekretär der UNO, Dag Hammarskjöld: «Nach glaubwürdigen Informationen, welche die Regierung der Ungarischen Volksrepublik erhalten hat, sind neue sowjetische Truppeneinheiten in Ungarn eingetroffen. Der Ministerpräsident hat in seiner Eigenschaft als Aussenminister unverzüglich den sowjetischen Botschafter Andropow zu sich gerufen und energisch gegen das Eintreffen neuer sowjetischer Truppen in Ungarn protestiert. Er verlangte den unverzüglichen Abzug dieser sowjetischen Truppen. Er erklärte dem sowjetischen Botschafter, dass die ungarische Regierung den Warschauer Pakt aufkündige, die Neutralität Ungarns pro-

HALLWAG

Bergbücher von Walter Schmid



206 S. mit 63 Kunstdruckbildern, davon 4 farbig, 3 Skizzen. Preis: 32.—.
Ein Bergbuch von dokumentarischem Wert.



Die Viertausender der Schweizer Alpen.
326 S. mit 106 Kunstdruckbildern, zum Teil mehrfarbig. Preis: 32.—.



244 S. mit 95 Kunstdruckbildern, davon 11 farbig. Preis: 32.—.
Das sonn- und alltägliche Wallis, wie es wirklich ist, wie die Walliser arbeiten und Feste feiern, wie die Berge strahlen und zugleich ihre Schatten legen auf Täler und Menschen.



Ein Führer für Spaziergänger, Wanderer, Bergsteiger und Skifahrer.
168 S. mit 84 Abb., mit Karten und Skizzen. Preis: 9.80.



344 S., zahlreiche ganzseitige, z. T. 4farbige Abb., Preis: 29.50.
Walter Schmid geniesst heute den Ruf, einer der meistgelesenen und angesehensten alpinen Schriftsteller der Alpenländer zu sein. Wir begleiten Walter Schmid nicht nur auf viele Gipfel in allen Teilen der Alpen, sondern auch auf die Hekla in Island und den Olymp in Griechenland. In seine lebendigen Schilderungen sind mannigfache, oft zwiespältige Erkenntnisse eingewoben.

HALLWAG VERLAG
BERN UND STUTTGART

HALLWAG

klamiere und sich an die Vereinten Nationen wende, um die Hilfe der vier Grossmächte zur Verteidigung seiner Neutralität zu verlangen. Die Regierung der Ungarischen Volksrepublik hat am 1. November 1956 ihre Neutralität proklamiert. Ich ersuche Sie daher, raschestens folgende Frage auf die Tagesordnung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu setzen: „Die ungarische Neutralität und die Verteidigung der Neutralität durch die vier Grossmächte.“

Nagy handelte hier sogar in voller Übereinstimmung mit der offiziellen sowjetischen Völkerrechtslehre, wonach die einseitige Neutralitätserklärung eines jeden Landes bindend für alle übrigen Länder ist. Im Prinzip I der zwischenstaatlichen Prinzipien in den KSZE-Schlussakten wird das «Recht des Staates» auf die Neutralität anerkannt.

Weshalb war also die Neutralitätserklärung ein Verbrechen? Deshalb, weil ein «sozialistischer Staat» im sowjetischen Lager niemals neutral werden darf. Die Aussenpolitik ist nach sowjetischer Auffassung eine Form des internationalen Klassenkampfes (und auch der friedlichen Koexistenz, da diese für diesen Klassenkampf günstige Bedingungen schaffen soll), und in diesem Klassenkampf könne kein Kommunist neutral bleiben, ohne zum Verräter zu werden.

Imre Nagy wollte also Kommunist in einem neutralen Land sein. Ist das ein Verbrechen? Wenn die Eurokommunisten dieser Auffassung sind, brauchen sie es nur zu sagen ...



Parlamentarische Demokratie, Mehrparteiensystem mit Opposition, Koalitionsregierung mit kommunistischer Beteiligung auf der Grundlage von Gleichberechtigung, Unabhängigkeit des Landes und der Kommunistischen Partei: Das wollte Nagy, und für diese Idee ist er gestorben!

Seine Behandlung erfordert eine offene Verurteilung oder mindestens Kritik von seiten der Kommunisten, die für eine ehrliche und demokratische Politik plädieren.

Nagy und seine Gefährten (40 Kommunisten) fanden nach der zweiten sowjetischen Invasion in der jugoslawischen Botschaft in Budapest Asyl. Sie wurden mit dem Versprechen herausgelockt, sie dürften nach Hause gehen. Der Autobus, der sie hätte nach Hause fahren sollen, brachte sie zuerst nach Rumänien, von wo aus sie nach Ungarn zurückkehrten, aber nicht nach Hause, sondern ins Gefängnis! Die jugoslawische Regierung ersuchte darnach die ungarische Regierung um eine Stellungnahme: «Die ungarische Regierung wird um Auskunft darüber ersucht, warum die Personen, denen in der jugoslawischen Botschaft in Budapest Asyl gewährt worden war und welche die Botschaft am Donnerstag verliessen, bisher nicht in ihre Wohnungen zurückgekehrt sind, wie dies zwischen den beiden Regierungen am 21. November vereinbart worden war ...»

Mit einer ähnlichen niederdrückenden Methode lockte man die ungarische Delegation am 3. November 1956 nach Tököl, wo sich das Hauptquartier der sowjetischen Streitkräfte befand. Sie wurde offiziell eingeladen, um die Verhandlungen über den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn fortzusetzen. Die ganze Delegation wurde aber verhaftet und in die Sowjetunion verschleppt. Später wurde der Delegationsleiter, Verteidigungsminister Pal Maleter, hingerichtet! Die

ungarische Regierung wartete noch im Parlamentsgebäude auf die Rückkehr der Delegation, als die sowjetischen Truppen ihre zweite Aggression begannen.

Zum Schluss sei kurz erwähnt: Die 1956 von der Sowjetunion eingesetzte Regierung nannte sich bis 1972 «ungarische revolutionäre Arbeiter-Bauern-Regierung». Auch dadurch kam zum Ausdruck: einzige Legitimation war die «Revolution», d. h. die Zerschlagung des Freiheitskampfes des ungarischen Volkes durch die Sowjettruppen. Die legitime Regierung, mit welcher die Sowjetunion verhandelte und die sie offiziell anerkannte, war juristisch bis zum 12. November 1956 die einzige Regierung Ungarns. Erst dann wurde sie vom Präsidium der Ungarischen Volksrepublik abgelöst und durch die neue Regierung ersetzt! Wem hat also die Sowjetunion «Hilfe» geleistet?

Auch diese totale Rechtswidrigkeit könnten die Eurokommunisten einmal zu Wort bringen.



Ich komme zum Schluss. Ich stehe der KPI mit weiteren Informationen über den Fall Imre Nagy gerne zur Verfügung, wenn diese zur Rehabilitie-

rung des ersten Eurokommunisten weitere Unterlagen braucht.

Zur Rehabilitierung selbst möchte ich erneut festhalten: Wenn die Eurokommunisten — ich meine hier auch die japanischen Kommunisten — zu ihrem Wort stehen und alles meinen, was sie sagen, dann müssen sie die Rehabilitierung verlangen. Auch dann, wenn dadurch ihre guten Beziehungen zur Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei für kurze Zeit vielleicht gestört würden.

Es handelt sich hier nicht um Schritte gegen Budapest; Kadar hat tatsächlich vieles getan, um das Schicksal des ungarischen Volkes unter den gegebenen Möglichkeiten zu verbessern. Es handelt sich nur darum, dass ein Mensch, der bereit war, für seine Ideen zu sterben — und diese Ideen waren diejenigen der Eurokommunisten —, zwanzig Jahre nach seinem Tod zu seinem Recht kommt. Seinen Anhängern ist es bis heute in Ungarn verwehrt, etwas zu tun oder zu veröffentlichen, was gegen die Generallinie der regierenden Partei verstösst; dafür sorgt die Zensur. Es sind also die Eurokommunisten, die hier allein etwas Positives leisten können und meines Erachtens auch leisten müssen, wenn ihre Worte ihrer Meinung entsprechen. ■

Eurokommunist Kadar 1956

Am 1. November 1956 empfing Janos Kadar, damals Minister in der Regierung Imre Nagy, den italienischen Journalisten Bruno Tedeschi und gewährte ihm eine Unterredung.

Frage: «Welche Art des Kommunismus vertreten Sie, Herr Kadar?»

Antwort: «Den neuen Typ, der aus der Revolution hervorging und nichts mit dem Kommunismus der Gruppe Rakosi-Hegedüs-Gerö zu tun haben will.»

Frage: «Ist dieser ‚neue Kommunismus‘, wenn man ihn so nennen darf, dem jugoslawischen oder polnischen vergleichbar?»

Antwort: «Unser Kommunismus ist ungarisch. Er ist eine Art ‚dritte Kraft‘ und hat keine Beziehung zum Titoismus oder zum Kommunismus Gomulka.»

Frage: «Wie würden Sie diese sogenannte ‚dritte Kraft‘ beschreiben?»

Antwort: «Sie ist Marxismus-Leninismus, angepasst den besonderen Erfordernissen unseres Landes, unseren Schwierigkeiten und unseren nationalen Problemen. Sie ist weder beeinflusst von der UdSSR noch von anderen Abarten des Kommunismus; ich wiederhole: es handelt sich um einen ungarischen Nationalkommunismus. Diese ‚dritte Kraft‘ entsprang unserer Revolution, in deren Verlauf, wie Sie wissen, zahlreiche Kommunisten auf seiten der Studenten, der Arbeiter und des Volkes gekämpft haben.»

Frage: «Wird sich Ihr Kommunismus nach demokratischen Grundsätzen entwickeln, wenn man das so ausdrücken darf?»

Antwort: «Eine gute Frage. Es wird eine Opposition geben und keine Diktatur. Diese Opposition wird gehört werden, denn ihr liegen die nationalen ungarischen Interessen am Herzen, und nicht jene des internationalen Kommunismus.» (...)

Frage: «Wie werden sich die künftigen Beziehungen zwischen der ungarischen Kommunistischen Partei und den kommunistischen Parteien der Sowjetunion und des Westens gestalten?»

Antwort: «Die Beziehungen werden bestimmt freundschaftlich sein, aber bisher haben wir noch keinen Kontakt mit westlichen kommunistischen Parteien aufgenommen. Nach allem, was geschehen ist, wünschen sie nicht, uns näherzukommen.» (...)

Frage: «Was wird das Schicksal jener Kommunisten sein, die in den Tagen Rakosis und seiner Genossen im Vordergrund standen und nun an der Seite der Sowjettruppen und der AVO kämpfen?»

Antwort: «Unsere Regierung wird nichts gegen sie unternehmen. Wir möchten aber nachdrücklich betonen, dass wir mit diesen Leuten nichts gemein haben!»

Frage: «Werden Sie der Abordnung angehören, die nach Moskau reisen wird?»

Antwort: «Die Sowjets werden wohl eine Einladung schicken, aber wir wissen noch nicht, wer der Abordnung angehören oder sie leiten wird.»

«Il Giornale d'Italia», Rom, 2. November 1956, zitiert bei Peter Gosztony: «Der ungarische Volksaufstand in Augenzeugenberichten», Düsseldorf 1966.

Aktueller denn je...

NEUERSCHEINUNG

Nikolai Berdjajew, Wahrheit und Lüge des Kommunismus

Ist der „Historische Kompromiß“ möglich? Sind Christentum und Marxismus vereinbar? Diese heute so bedeutende Frage wird durch dieses Buch in unverkennbarer Deutlichkeit beantwortet. Nikolai Berdjajew, einer der bekanntesten russischen Denker, Augenzeuge der russischen Revolution, war in seiner Jugend selbst glühender Anhänger des Marxismus, wandte sich aber angesichts der geistigen Unfreiheit im Kommunismus später ganz dem Christentum zu. Er vereinigt somit zwei einander diametral entgegengesetzte Weltanschauungen in sich und vermag das Christentum aus marxistischer und den Marxismus aus christlicher Sicht zu kritisieren. Er ist daher wie kein anderer berufen, die realen und geistigen Wurzeln, die Hintergründe des Kommunismus sowie seine tragische Verketzung mit dem Christentum aufzuzeigen.

Nikolai Berdjajew Wahrheit und Lüge des Kommunismus

mit Kommentaren
von Ch. Benedikt
und H. Giller



ISBN-3 85401 002 8
192 Seiten, Pbk., S 136.--, DM 19,50, sfr 19,50.



Herbert Giller, Was kommt nach dem Kommunismus?

Kritik und konstruktive Alternative zum dialektischen Materialismus. Erster Band einer dreiteiligen Serie, die Kritik und konstruktive Alternativen zu Philosophie, Geschichtsbild und politischer Ökonomie des Marxismus beinhaltet.

Auf eindrucksvolle und verständliche Weise deckt Herbert Giller die Wurzeln für das Versagen des Kommunismus auf. Im Gegensatz zu vielen anderen Marxismus-Kritikern bleibt er jedoch nicht im Negativen stecken, sondern präsentiert eine zukunftsweisende welt-

anschauliche Alternative und setzt klare Markierungen für einen gangbaren Weg in eine menschengerechte Zukunft.

ISBN-3 85401 000 1
190 Seiten, Pbk
S 124.--, DM 18,50, sfr 19,50.

Karl Ebinger, Hat der Westen Zukunft?

Ein Buch, das sich nicht mit Äußerlichkeiten herumschlägt, sondern in kurzer und prägnanter Form auf den Kern der Dinge eingeht.
ISBN-3 85401 001 X
48 Seiten, Pbk. S 29.--



integral

Ein Forum zur ideologischen Auseinandersetzung und Überwindung von Kapitalismus und Kommunismus. Einzelheft S 12.--, Jahresabonnement (4 Hefte) S 40.--, (1978 kürzere Erscheinungsfolge und höherer Preis).



Edition Neue Mitte

1030 Wien, Landstraßer Hauptstraße 13/35, Tel. 73 37 03